

Merseburger Tageblatt

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 131.

Sonnabend, den 19. Juni 1920.

160. Jahrgang.

Tageschronik

Dr. Mayer lehnt ab, Fehrenbach wird Reichsminister.
Die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Regierung bereit.
Einzug der deutschen Truppen in Jnsburg.
Ein besonderer Ententeentscheid in Deutschland.
Von einem Staatsrecht in Griechenland?
Eine bolschewistische Note gegen Baku unterwegs.
Zweijährige Dienstzeit in Frankreich.
Wahlungen ebenfalls Deckerheit zugesprochen.
Veränderbarkeit in Bommern.

Ein vorläufiger Blick der Mitte?

Dr. Mayer lehnt ab. — Fehrenbach nimmt an.
Berlin, 17. Juni. Der deutsche Geschäftsträger in Paris Dr. Mayer hat auf eine Anfrage des Reichspräsidenten unter Hinweis auf die Unklarheit seiner gegenwärtigen Aufgabe in Paris die Übernahme des Reichsfinanzamtes abgelehnt. Wie verlautet, hat der Reichspräsident daraufhin Dr. Fehrenbach mit der Kabinettsbildung beauftragt. Präsident Fehrenbach dürfte die Kabinettsbildung nicht ablehnen. Da die Deutsche Volkspartei auf das Amt in der Regierung zu bestehen und die demokratische Front sich wahrscheinlich ebenfalls dazu bereit erklärt hat, dürfte der Blick der Mitte zusammenkommen.

Wie weiter aus Berlin gemeldet wird, sei es gelungen, die bisherigen Ministerkandidaten auszuräumen. Dr. Trimborn hat in einem Gespräch mit Dr. Einicke erklärt, daß er von ihm vorgeschlagene Ministerliste ebenfalls eine Privatangelegenheit des Zentrums (1) ansehe, sei das aber niemals daran gedacht hätte, die neue Regierung ohne die Volkspartei zu bilden. Allerdings könne er die Demokratischen mit Rücksicht auf den linken Flügel des Zentrums und der Demokraten nicht mit hinein nehmen. Der von ihm stammende der Volkspartei zugesprochenen Auffassung, daß die neue Regierung nur eine Spaa-Farm überlebende Einheitsliste sei und daß man dann die Koalition wieder lösen werde, um in eine neue Ehe mit den Sozialdemokraten einzutreten, wurde von Trimborn entschieden widerprochen. Er ließ keinen Zweifel über seine Auffassung, daß die jetzt in Bildung stehende Regierung eine dauerhafte sein sollte, daß der Sozialdemokrat später unter der Voraussetzung der Austrittsentscheidungen werden sollte, daß sie sich dann in den nächsten Wochen bilden sollte.

Zwischen der unauflösbaren Mehrheitskoalition zwischen Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei bleibt jedoch die Schwierigkeit, daß der linke Flügel des Zentrums und der Demokraten wohl bereit sind, eine Regierung ohne die Sozialdemokraten zu bilden, aber nicht eine solche gegen die Sozialdemokraten. Unverkennbar ist, daß bei einem Teil der Sozialdemokraten, jetzt noch im Hinblick auf die Aussicht auf den Frieden zu werden, bei weitem nicht mehr so groß ist und daß hier mit dem Gedanken gespielt wird, die alte Koalition doch dem Blick der Mitte vorzuziehen. Von der Seite kommt der Kabinettschef Fehrenbach nach ein überlebendes Wiederfinden drohen.

Die deutsche Volkspartei ist bereit.

Ein Schreiben an Dr. Trimborn.

Nachdem Dr. Trimborn der Deutschen Volkspartei seinen Resignation zum neuen dem Eintritt in die Regierung angeboten hat, haben Dr. Einicke und Dr. Stresemann als Ergebnis einer Beratung mit ihren Fraktionskollegen folgenden Schreiben an Trimborn geschickt:

Nachdem die Sozialdemokratie die Teilnahme an einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt hat und eine Koalition aller bürgerlichen Parteien an dem Widerspruch der Demokratischen Partei an sich selbst zu scheitern ist, erklärt die Deutsche Volkspartei sich auf die Regierung zu bilden bereit, in Gemeinschaft mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei die Bildung einer Regierung mit zu übernehmen. Die erste Lage des Reiches verlangt uns trotz höchster Bedenken zu dem Schritt. Wir gehen dabei von folgenden Voraussetzungen aus:

1. An unseren Grundgesetzen wird durch den Eintritt in die Regierung nichts zu ändern.
2. Die Rücksicht auf den Wiederaufbau Deutschlands erfordert die sachverständige Leitung der Geschäfte auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und des gesamten Reichsfinanzwesens eine Rücksicht auf politische Angelegenheiten und Parteiforderungen.
3. Alle Beamtenstellen sind in Zukunft lediglich nach sachlichen oder nach sachlichen Parteizugehörigkeit zu vergeben.

Es wäre nach allen diesen Vorgängen zu wünschen, daß keine Lösung der Krise zustande kommt, die man als zweideutig empfinden müßte und eine der nationalen Parteien in Mißacht bringen könnte.

Die S. P. D. verzehrt in Opposition.

Wie der Tag von mehrheitspolitischen Seite erzählt, hat die Fraktion der S. P. D. zu der neuen Verbindung an seine Stellung genommen. Die Partei werde unbedingt an ihren bisherigen Beschläüssen festhalten. Erst, wenn die Aufnahmehaltung des neuen Kabinetts feststeht, wird man erneut Stellung nehmen.

Die Verhandlungen über das Regierungsprogramm.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, werden die Verhandlungen über das Regierungsprogramm nunmehr beginnen. In erster Linie werden sich die Deutsche Volkspartei mit den Demokraten zu einigen versuchen. Das Zentrum hat sich bereits mit der Deutschen Volkspartei verständigt, und zwar nach der Meinung bin, daß die neue Regierung als ihre wichtigste Aufgabe die Durchführung der Wiederaufbauhandlungen in Spa betrachtet. Was die wirtschaftliche Seite der Regierungsprogramme anbetrifft, so wünscht man einen Wirtschaftsrat mit dem Minister, Abba der Staatswirtschaft, Steigerung aller Produktionskräfte, insbesondere im Kohlenbergbau, Ausbarmadung aller natürlichen Quellen, Verbesserung der Verkehrswege und Regelung der Arbeitsfragen. Sehr wichtig wird sich das Finanzprogramm an dem dem der bisherigen Regierung unterbreiten. Nicht nur die ganze Steuerpolitik, sondern vor allem die Anleihen und die Refinanzierung sollen eine hervorragende Rolle spielen, und sämtlich einer Neuorganisation unterworfen werden.

Der Zusammentritt des neuen Reichstages.

Aus parlamentarischen Kreisen erzählt unser Berliner Vertreter: Am nächsten Donnerstag wird sich das neue Parlament dem Reichstag vorstellen, während der neue Reichskanzler seine Erklärung über das Regierungsprogramm abgeben wird. Die Vertrauensfrage wird vielleicht erst am Freitag gestellt werden, da vor der Vertrauensfrage die Parteiführer ihre Erklärungen über das Regierungsprogramm abgeben müssen. Die Diskussion der Vertrauensfrage und die Parteiführer wird sich mindestens bis Sonntag hinziehen, jedoch am Samstagabend über die Vertrauensfrage abgemittelt werden. Nach der Abstimmung über die Vertrauensfrage wird sich der neue Reichstag dann die zur Erledigung seiner ersten Aufgaben verhalten.

Deutscher Jubel in Jnsburg.

Einzug der deutschen Truppen.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind die deutschen Truppen gestern mittig in die mit roten reichsdeutsche Stadt Jnsburg wieder eingezogen. Oberbürgermeister Dr. Fiedler hielt vor dem Rathaus auf dem Sanktmarkt eine Ansprache, in der er der vielen Freude der Bevölkerung von Stadt und Land über die Wiedererrichtung mit dem deutschen Mutterland Ausdruck gab. Er schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland, in das die Menge begeistert einstimmte. Reichsminister Dr. Fehrenbach, der mit Minister Severing erschienen war, ließ in einer Ansprache die Bevölkerung der zweiten Zone in allen Vaterland eifrig willkommen. Die Schützen führten Schall und Geschiebung waren 300 Schützen mit Revolvern oder Karabinern, in vollem Marsch, die während der Festgottesdienste am den Altar Aufstellung nahmen.

Eine Befestigung der Festen erlaub, daß die französischen Alpenjäger dort wie die Wälder bebaut hatten. Alles wurde vor Sonntag, Befestigung und Gasleitung waren verlegt, jedoch ein Teil der deutschen Truppen und Offiziere in der Stadt untergebracht werden mußte.

Keine Abkennung der französischen Truppen in Obersachsen.

Wie unser Berliner Vertreter aus Kreisen der französischen Mission erzählt, ist eine Abkennung der französischen Truppen aus Obersachsen nicht in Erwägung gezogen. Der Oberste Rat hat in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen.

Reinigungsarbeiten im besetzten Rheinland.

Die „Aktionische Tag“ und die „Aktionische Tag“ sind laut Bericht der Rheinlandkommission auf Grund des Artikels 13 der Verordnung 3 von heute ab auf einige Tage verboten worden. Dem Vernehmen nach ist der Grund des Verbotes darin zu finden, daß die Artikel gegen die Verwendung von Fahrgägen und Truppen im besetzten Gebiet verstoßen. In der Tat haben die Truppen im besetzten Gebiet verstoßen. In der Tat haben die Truppen im besetzten Gebiet verstoßen.

Anzeigenpreis für den 6 gelieferten Millimeter Größe 20 Bl. — Die Dichtung für die laufende Bewegung (Klein) beim, Monat nach der Zeitgen auf dem Einzelnen in Stellung genommen. Schwenker gibt wird angegeben über: besetzt. — Die kleine Millimeter Mill. — Abzug für die Post extra. — Einmalige 11 Uhr nachmittags, die unlangfristige Anzeigen 100 und die Post extra. — Einmalige 11 Uhr nachmittags, die unlangfristige Anzeigen 100 und die Post extra.

Entente-Sonderjustiz in Deutschland.

Die Mitarbeiter für den besonderen Gerichtshof, der sich lediglich aus Angehörigen der Entente zusammensetzt, sind wie das „D. Z.“ hört, nunmehr aufgestellt und das Gericht dürfte in der nächsten Zeit seine Sitzungen aufnehmen. Der Gerichtshof ist für alle strafbaren Handlungen zuständig, die gegen die interalliierten Kommissionen, ihre Angehörigen, Angestellten und Einrichtungen beantragt werden. Er ist in seinem Wesen zu bezeichnen als dem früher in Deutschland auf Grund des Belagerungszustandes eingeführten außerordentlichen Kriegsgericht. Hier wie dort besteht die Hälfte des Richters aus Offizieren und es genügt zu einem Schuldspruch schon die einfache Mehrheit, während bei den ordentlichen Strafgerichten zum Schluß des Urteiles eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Gegen die Entscheidungen des besonderen Gerichtshof gibt es kein Rechtsmittel, so daß die Urteile sofort rechtskräftig sind. Auch gegen die von diesem Gericht erlassenen Haftbefehle gibt es kein Rechtsmittel.

Keine Einwanderung Deutscher in Amerika.

„Times“ melden aus New York: Der Senatsausschuß hat sich mit allen gegen 1 Stimme für die Aufrechterhaltung der Auswanderungsbeschränkung in der Einwanderung der Staatsangehörigen der früheren Mittelmächte in die Union ausgesprochen.

Englisch-amerikanische Rivalität zur See.

Die englische Öffentlichkeit und die Presse sind wegen des großen amerikanischen Marineprogramms sehr besorgt. Der erste Vize Admiral Jellicoe erklärte im Unterhaus, daß die englische Regierung aufmerksamer die Entwicklung des amerikanischen Marineprogramms verfolgt und nicht verfehlen werde, von Parlament die notwendigen Mittel zu fordern, damit England seine Stellung als erste Seemacht nicht einbüße.

Zweijährige Dienstzeit in Frankreich.

Im Pariser Senat betonte Minister Desprez, daß es sich nicht lohnt, auf die noch nicht gefestigte auswärtige Lage nicht möglich wäre, schon jetzt eine Militärdienstzeit unter zwei Jahren in Aussicht zu nehmen.

Deckerheit erhält endgültig Bestätigung.

Nach Meldungen, die aus der Umgebung der in Debrecburg tagenden Entente-Kommissionen kommen, ist die Entscheidung über die Verleugnung von Serbien, das nach dem Vertrag von St. Germain Deckerheit zugesprochen wurde, bereits in einem Österreich schließlichen Sinne erfolgt. Dem ungarischen Staat soll eine Genehmigung in der Form gegeben werden, daß schließlich die Verleugnung des Königsruher Verwahrungsbefehls an Ungarn erfolgt, der jetzt noch von Substantien besetzt gehalten wird.

Ein Staatsrecht in Griechenland?

Benizelos will die Republik erhalten.

Die „Presseinformation“ meldet, daß man in Athen für die nächsten Tage einen Staatsrecht beschließt. Auf der Bevölkerung acht das Gerücht, Benizelos habe es burdagesetzt, den König Alexander zum Rücktritt zu veranlassen, um Griechenland zur Republik zu erklären. Die antivenetianische Presse führt eine ungewöhnlich scharfe Sprache gegen das Amtsenthebungs des Ministerpräsidenten.

„Chicago Tribune“ bekämpft die Konferenz zwischen dem König Alexander und König Konstantin in der Schweiz. König Alexander erklärt, er wolle dem Thron entgehen und hat seinen Vater, wiederum die Republik zu übergeben. Die öffentliche Meise Benizelos' nach Paris bewirkt, dem König Alexander klar zu machen, daß eine Rückkehr seines Vaters unmöglich ist. Er, Benizelos, sei entschlossen, in diesem Fall die Republik Griechenland zu proklamieren und sich zum provisorischen Präsidenten zu ernennen.

Vergebliches polnisches Friedensangebot.

Kopenhagen, 17. Juni. (Ein. Drahtber.) Der „Matin“ teilt mit, daß die polnische Regierung am 9. Juni die russische Sowjet-Regierung um Frieden erucht habe. Die Bolschewiken haben jedoch das polnische Friedensangebot nicht beantwortet.

Der Völkerbund gegen Moskau machtlos.

London, 17. Juni. (Ein. Drahtber.) Der Völkerbund findet sich in einer schwierigen Lage, die durch das zwischen England und Berlin bestehende Verhältnis entstanden ist.

Wine Hebertragung.

18. Juni. In den Tagen des Generalstreiks...

Stimmung der Kernrechtsausschüsse.

18. Juni. Hier haben sich zwei Drittel der...

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

18. Juni. In der Stadtverordnetenversammlung...

18. Juni. In der Stadtverordnetenversammlung...

Ein Reichstisch.

18. Juni. Als ein Schuttmann einen...

Aus Provinz und Reich

Gründung einer Beamtenbank.

17. Juni. In Verbindung mit der Mittel-

Neuer kommunikativer Führer.

18. Juni. Der eifrige Kommunika-

Aus der Kommandant der roten Armee verhaftet.

17. Juni. Krampf, der Roman-

Ein ehrenwerter Gemeindevorstand.

15. Juni. Der sozialdemokratische

Explosion in einer Munitionswerkstätte.

17. Juni. Die Munitionswerkstätten-

Turnen, Spiel und Sport

Die Mitgliedschaft der Deutschen

Die Turnvereine der Deutschen

Die Turnvereine der Deutschen

Die Turnvereine der Deutschen

Die Turnvereine der Deutschen

Die Turnvereine der Deutschen

Das Internationale Weltkongress des 1. Weltkrieges...

Volkswirtschaft - Handel - Verkehr.

Die der anherberkommene Generalversammlung...

Block der Mitte oder alte Koalition?

18. Juni. Auffällig ist, daß gestern abend...

Es scheint festzuhalten, daß in demokratischen...

Endgültige Ablehnung der Sozialdemokratie.

18. Juni. Die Verhandlungen Reichensachs...

Die Aneignung der Pfalz.

18. Juni. Wie halbseitig gemeldet wird...

Vohrreduktion und Uebergriffe im Saarbergbau.

18. Juni. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen...

Die drohende Katastrophe in Rußland.

18. Juni. Der 'Lid.' meldet, daß die...

Die Haltung der russischen Arbeiterschaft.

18. Juni. Das bolschewistische Samtpar-

Kapitalverteilung um 3 Mill. M. Stimmzahlen und 1 Mill.

Arife in der Regerentendanz.

18. Juni. Seit mehreren Tagen sind die...

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Lezte Depeschen

Die Polen ziehen kochen. Jetzt führen diese...

Zwei bolschewistische Brigaden vernichtet?

18. Juni. Der polnische Generalstab...

Moskau feiert.

18. Juni. (Ein Drahtseil.) Die Verhandlungen...

Normaler Anmarsch am Warmansee.

18. Juni. (Moskau.) Die national-

Ueberfall auf englische Truppen.

18. Juni. (Moskau.) Eine überlegene

Neue englische Truppen in Irland.

18. Juni. (London.) Gestern sind in...

Ein Appell der englisch-irischen Eisenbahner.

18. Juni. (London.) Die Konferenz der...

Rückgabe Kiautschow an China.

18. Juni. Japan erklärt in einer Note...

Steuerabzug vom Arbeitslohn ab 25. Juni.

18. Juni. Von zukünftiger Stelle wird...

Urteil im Scheidemann-Sonnenfeld-Prozess.

18. Juni. In dem gestern im Ende...

